



Anträge des Arbeitskreises „Klimakrise und soziale Demokratie“ zum SPD-Bundesparteitag 9. Mai 2021

Verabschiedet vom SPD-Ortsverein Brüssel am 18.3.2021

Inhaltsverzeichnis

Anträge des Arbeitskreis „Klimakrise und soziale Demokratie“ zum Bundesparteitag 9. Mai 2021	0
1) Thema: Neuausrichtung des Ausbaus der erneuerbaren Energien	1
2) Thema: Energieeffizienz	3
3) Thema: Verkehrswende voranbringen	5
4) Thema: Rolle der Kommunen für einen sozial gerechten Klimaschutz stärken!.....	7
5) Thema: Europäische Verantwortung übernehmen, deutsches Klimaziel anheben	9
6) Thema: Kreislaufwirtschaft.....	11
7) Thema: Forschung für eine klimafreundliche Zukunft.....	13
8) Thema: Vermögensteuer	16
9) Thema: Einführung einer gerechten und solidarischen Klimaabgabe.....	18
10) Thema: Internationale Solidarität und “Fair Shares”.....	20

Der Arbeitskreis Klimakrise und soziale Demokratie

Der Arbeitskreis Klimakrise und soziale Demokratie (AKSD) gehört dem Ortsverein Brüssel an, dem einzigen im Ausland ansässigen Ortsverein der SPD.

Mehr Informationen über die Arbeit des AKSD sind hier zu finden: <https://spd-bruessel.eu/klimakrise-und-soziale-demokratie>

Der AKSD freut sich, wenn Du Interesse an unserer Arbeit haben solltest und lädt Dich ein, Kontakt zu uns über aksd.spd.bruessel@gmail.com aufzunehmen.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

Adressat: **Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021**

1) Thema: Neuausrichtung des Ausbaus der erneuerbaren Energien

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien ab sofort am Energiebedarf einer klimaneutralen Gesellschaft und Wirtschaft ausgerichtet wird, um so schnell wie möglich, aber nicht später als 2040 eine 100%ige Deckung des Energiebedarfs in Deutschland durch diese Energieformen zu erreichen. Das EEG in seiner derzeitigen Form ist so schnell wie möglich zu reformieren und die Förderung der erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung aller Kosten einschließlich der externen Kosten am Gesamtenergiebedarf in Deutschland auszurichten.

- a) Ziel muss unter anderem sein, alle geeigneten Dachflächen mit Photovoltaik und Solarthermie auszustatten. Nachhaltige Stromspeicher, wo sinnvoll auf Quartiersebene, müssen hierbei einen wertvollen Beitrag zur Versorgungssicherheit ohne Treibhausgasemissionen leisten.
- b) Das Potential von Wind-offshore-Anlagen muss unverzüglich ausgeschöpft und gleichzeitig mit dem Übertragungsnetzausbau koordiniert werden.
- c) Öffentliche und private Stromspeicher sowie intelligentes Netz-Management müssen parallel zum Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieaufkommen gefördert und ausgebaut werden. Neue technologische Ansätze zur Produktion von nachhaltigen Stromspeichern sollten im Rahmen der Erfordernisse einer Kreislaufwirtschaft besonders gefördert werden.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: Wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir können jetzt noch eingreifen, wenn wir entschlossen sind. Uns allen sind heute der Wert der Gesundheit und der Zugang zur Natur vor der Tür bewusster als je zuvor. Lasst uns nicht zuschauen, sondern die Zukunft gestalten, für uns und unsere Kinder.

Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: sie muss dafür sorgen, dass die Transformation sozial gerecht ausgestaltet ist, um die Klimaziele zu erreichen und unsere Demokratie zu erhalten. Klar ist: auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine

Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess ist u.a. die Energieversorgung auf 100% erneuerbare Energien umzustellen und das so schnell wie möglich. Sonstige Emissionen, d.h. Prozess- und landwirtschaftliche Emissionen entstehen außerhalb des Energiesektors und müssen über Senken oder technologische Lösungen kompensiert werden, um Klimaneutralität zu erhalten. Es ist absehbar, dass technologische Lösungen, auch wenn sie rechtzeitig zur Einsatzreife gebracht werden können, weit teurer sein werden, als die Vermeidung von Emissionen im Energiesektor durch erneuerbare Energien.

Vor diesem Hintergrund muss die Energieversorgung Deutschlands in den Bereichen Strom- und Wärmeerzeugung für Industrie und Haushalte, aber auch für den Straßen- und Schienenverkehr, sowie dem Gewerbe-, Dienstleistungs- und Handelssektor so schnell wie möglich, aber nicht später als 2040, auf erneuerbaren Energien beruhen, um das in Deutschland vorhandene Kompensationspotential für nicht energiebedingte Emissionen aus der Industrie, der Landwirtschaft und der Landnutzung verwenden zu können. Ein Blick über den Tellerrand von 2050 hinaus zeigt, dass solche Technologien unerlässlich sind, um negative Emissionen in nennenswerten Umfang in der 2. Hälfte des 21. Jahrhunderts herstellen zu können.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

Adressat: **Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021**

2) Thema: Energieeffizienz

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass Energieeffizienz und Energiesparen ein zentraler Bestandteil einer klimagerechten und ökonomischen Politik in allen Sektoren von Industrie, Transport und Gebäuden werden.

Energieeffizienz ist leider nicht im vorgestellten Entwurf des SPD-Wahlprogramms enthalten. Alle Klimamodelle, die eine deutliche Verringerung der Treibhausgasemissionen aufzeigen, besonders von CO₂ aus Energieerzeugung und -verbrauch, stellen die maßgebliche Rolle von Energieeffizienz heraus. Neben dem Ausbau der Erneuerbaren, vor allem Sonne, Wind und Geothermie, ist das die zweite Seite der Medaille aller Energiewenden. In Deutschland, Europa und weltweit. Gegenwärtig ist die Energieeffizienz in Deutschland über alle ökonomischen Sektoren hinweg nur wenig besser als der Durchschnitt aller 34 OECD Staaten. Die Aufwendungen für Energieeffizienz müssen in diesem Jahrzehnt in Deutschland deshalb mehr als verdoppelt werden.

Verbindliche Mindeststandards wie Passivenergie- oder Niedrigenergiestandards sind sowohl für Neubauten als auch für den Gebäudebestand einzuführen, nicht nur in Bezug auf den Energieeffizienzstandard, sondern auch hinsichtlich der Verwendung erneuerbarer Heiz- und Kühlsysteme. Der Transportbereich muss sowohl lokal als auch regional und national den absoluten legislativen Vorrang des öffentlichen Transportwesens auf der Schiene und der Straße sowohl für Frachtgüter als auch Personen erhalten. In der Industrie sind verbindliche Effizienzstandards für elektrische Motoren, aber auch Produktionstechnologien einzuführen. Neue Haushalts- und Bürogeräte wie Beleuchtung, Informations- und Computertechnologien, Kühlgeräte usw. sollten je nach Effizienzgrad beschleunigt eingeführt- und die schlechtesten Geräte aus dem Markt genommen werden. Die öffentliche Hand muss sämtliche Anschaffungen und Investitionen auf dem best-verfügbaren Effizienzstandard basieren.

Wie in den meisten Industriestaaten kann in Deutschland mit Hilfe moderner und verfügbarer Technologien fast die Hälfte der Energie und der CO₂-Emissionen eingespart werden, was zudem mehr als 100 Milliarden Euro von jährlichen Kosten importierter fossiler Brennstoffe einsparen würde, für Kommunen, Industrie und Bürger*innen.

Begründung:

Die Wissenschaft schlägt vor, dass wir jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft einleiten. Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Sie muss dafür sorgen, dass die Transformation sozial gerecht ausgestaltet ist.

Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union muss seine Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis spätestens 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess ist u.a. Die verstärkte legislative und finanzielle Förderung der Energieeffizienz in allen Sektoren.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

Adressat: **Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021**

3) Thema: Verkehrswende voranbringen

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Um Klimaneutralität 2050 zu erreichen bedarf es einer Verkehrswende. Der Pkw mit Verbrennertechnologie darf nur noch die Ausnahme sein. Deshalb müssen wir die industriepolitische Umsteuerung der Automobilindustrie zugunsten von E-Motoren und anderen alternativen Technologien einschließlich Schnellladesäulen zeitnäher als bisher organisieren sowie durch Sektorkopplung unterstützen. Dies liegt auch im Interesse der Beschäftigten, die wir bei diesem Transformationsprozess unterstützen werden. Autoverkehr in der Stadt muss - angepasst an die kommunalen Gegebenheiten - einen Preis haben, der den Umweltverbund (Schiene, Bus, Fahrrad, zu Fuß gehen) begünstigt. Der Umweltverbund muss unter Nutzung neuer Mobilitätsformen qualitativ verbessert, raumplanungs- und ordnungspolitisch unterstützt und finanziell dauerhaft auf hohem Niveau (Infrastruktur, rollendes Material) gefördert werden. Für den ländlichen Raum müssen Mindeststandards der Erreichbarkeit gelten. Deutschland- und europaweit muss das Schienennetz für Personen- und Güterverkehr mit hoher Priorität ausgebaut werden. Attraktive Hochgeschwindigkeits- und Nachtzüge müssen einen signifikanten Teil des Kurzstreckenflugverkehrs ersetzen. Der Schienengüterverkehr muss bis 2050 verdoppelt werden. Luftverkehr und Schifffahrt sind gemäß ihrer Treibhausgaswirkung in den europäischen Emissionshandel zu integrieren. Subventionen und Steuerbegünstigungen im Verkehrsbereich müssen schrittweise zurückgefahren soweit sie den Klimazielen von 2050 entgegenstehen.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: Wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir können jetzt noch eingreifen, wenn wir entschlossen sind. Uns allen sind heute der Wert der Gesundheit und der Zugang zur Natur vor der Tür bewusster als je zuvor. Lasst uns nicht zuschauen, sondern die Zukunft gestalten, für uns und unsere Kinder.

Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: sie muss dafür sorgen, dass die Transformation sozial gerecht ausgestaltet ist, um die Klimaziele zu erreichen und unsere Demokratie zu erhalten. Klar ist: auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir

darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Der Verkehrssektor verbraucht ein Drittel der Endenergie in der EU, überwiegend Öl. 70% entfallen davon auf die Straße. Vor diesem Hintergrund ist klar, dass die CO₂-Reduktionsziele 2030 nicht erreicht werden können, selbst unter Berücksichtigung der Corona-Krise. Deshalb bedarf es der Verkehrswende jetzt. Dazu bedarf es eines umfangreichen Programms mit verschiedenen Maßnahmen. Ziel muss es sein, für Wirtschaft und Gesellschaft umwelt- und klimafreundlichere Verkehrs- und Mobilitätsangebote zu schaffen, damit Verkehr effizienter, vor allem aber verlagert werden kann. Die industriepolitische Neuausrichtung der Automobilindustrie und der technologische Modernisierungsschub bei Fahrzeugen und Infrastruktur erfordert auch eine aktive Rolle des Staates durch Finanzpolitik und Ordnungsrecht.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

Adressat: **Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021**

4) Thema: Rolle der Kommunen für einen sozial gerechten Klimaschutz stärken!

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass der Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern, Kommunen und kommunalen Spitzenverbänden die Rolle der Kommunen bei der Umsetzung sozial gerechter Klimaschutzmaßnahmen stärker fördert. Dies soll ermöglicht werden durch zusätzliche kommunale Einnahmen aus der Reform des Finanzausgleiches, Zuschüsse aus der Städtebauförderung und der Aufstockung weiterer Förderprogramme.

Dies umzusetzen bedarf folgender Maßnahmen:

- a. eine finanzielle Befähigung der Kommunen. Auf Initiative der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion sind unsere Kommunen durch den Bund bereits finanziell gestärkt worden. Das gilt für die investive Seite, aber auch für die vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Von den Ländern, die durch die Reform des Finanzausgleichs jährlich über zusätzliche Einnahmen in Höhe von rd. 10 Mrd. Euro verfügen, erwarten wir ebenfalls eine nachhaltige Unterstützung für Städte und Gemeinden.
- b. Ziel muss es sein, die jährliche Modernisierungsrate der noch nicht sanierten Bestandsgebäude so schnell wie möglich auf 4 Prozent (Passivhausstandard oder mindestens KfW55-Standard für tiefgreifende Renovierungen) zu steigern und über die folgenden Jahre beizubehalten, um bis 2040 einen klimaneutralen und tiefgreifend renovierten Gebäudebestand zu erreichen. Zugleich sollte sichergestellt werden, dass der Bausektor durch Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, technologische Produkt-Entwicklung und Digitalisierung kostengünstige, effiziente und schnellere Services zur tiefen Renovierung anbietet, sowie die Mieter in bezahlbaren Wohnungen leben können. Darüber hinaus müssen Bundes-, Länder und kommunale Regierungen entsprechende Fonds und Fördermaßnahmen mit z.B. KfW und lokalen Sparkassen auflegen. Das Verbot von Einbauten mit fossilen Ressourcen betriebener Heizungen vor 2026 bei gleichzeitigem Ersatz alter Heizungen durch klimafreundliche und möglichst energieeffiziente Technologien.
- c. verpflichtende kommunale Wärmepläne. Ordnungsrechtliche Instrumente für die Wärmewende sollten eingesetzt werden unter gleichzeitiger Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Abfederung sozialer Auswirkungen. Die erneuerbare Fernwärme in Städten muss stärker gefördert werden.
- d. Das Verbot von Einbauten mit fossilen Ressourcen betriebener Heizungen vor 2026 bei gleichzeitigem Ersatz alter Heizungen durch klimafreundliche und möglichst energieeffiziente Technologien

e. eine deutliche finanzielle Aufstockung von Förderprogrammen (u.a. für die Sanierung von Heizungssystemen mit erneuerbaren Energien, wie das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm). Förderungen für Stadtteilentwicklung sollten sowohl für einzelgebäudebezogene Modernisierungen als auch für gemeinsame Versorgungslösungen verbessert werden. Dabei gilt es, am Gebäude und im Quartier/Stadtteil Klimaschutzmaßnahmen mit Maßnahmen und Projekten zur Klimaanpassung, inklusive der Begrünung von Stadtteilen, Gebäuden und Ausbau von Grünflächen zu kombinieren. Vor allem müssen sich Förderprogramme zukünftig individuell an die Kommune anpassen und nicht umgekehrt.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: Wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation hin zu einer in einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir können jetzt noch eingreifen, wenn wir entschlossen sind. Uns allen sind heute der Wert der Gesundheit und der Zugang zur Natur vor der Tür bewusster als je zuvor. Lasst uns nicht zuschauen, sondern die Zukunft gestalten, für uns und unsere Kinder.

Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: sie muss dafür sorgen, dass die Transformation sozial gerecht ausgestaltet ist, um die Klimaziele zu erreichen und unsere Demokratie zu erhalten. Klar ist: auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Eine sozial gerechte Ausgestaltung der Transformation wird möglich, wenn wir konsequenten Klimaschutz auch als Instrument für einen sozialen gesellschaftlichen Wandel betrachten. Zu nennen sind hier die Entlastung von Menschen mit niedrigen Einkommen mittels einer gerechten CO₂ Bepreisung, eine gerechtere Verteilung von Einkommen durch faire Löhne in umweltfreundlichen Unternehmen, mehr Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen in Zukunftsbranchen, günstigere und schnellere Mobilität uvm. Wir als Partei müssen deshalb viel mehr über die Chancen dieses Aufbruchs reden.

Wir brauchen einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag, der dafür sorgt, dass im Wandel niemand abgehängt wird. Für die SPD ist klar: es sind die Kommunen, in denen Klimaschutz maßgeblich gestaltet und bürgernah umgesetzt wird. Bekannte Formen der Bewohnerbeteiligung, wie zum Beispiel aus der Quartiersentwicklung können helfen, auch in benachteiligten Stadtquartieren mit Partnerschaften aus Zivilgesellschaft, Wohnungswirtschaft und der Kommunen, eine sozial gerechte Klimaschutzpolitik ins Leben zu rufen. In vielen Stadt- und Gemeinderäten ist die SPD eine konstante und treibende Kraft. Dies gilt es für eine breitere Umsetzung zu nutzen. Kommunaler Klimaschutz muss in der öffentlichen Debatte einen neuen Stellenwert erhalten. Die SPD muss ihre hier erzielten Erfolge proaktiv kommunizieren und diese Erfahrungswerte in die Bundespolitik einfließen lassen.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

Adressat: **Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021**

5) Thema: Europäische Verantwortung übernehmen, deutsches Klimaziel anheben

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass die Bundesregierung im Rahmen erhöhter europäischer Gesamtziele sich auch für eine Erhöhung der nationalen Klimaziele der EU-Mitgliedstaaten einsetzt, bei denen auch die Verantwortlichkeit für ihre Umsetzung in den Sektoren Verkehr, Gebäude, Land- und Abfallwirtschaft verbleibt. Damit muss auch das deutsche Ziel für 2030 im Klimaschutzgesetz angehoben werden.

Die Aufteilung der nationalen Ziele muss die Ausgangslage der jeweiligen Emissionen sowie die ökonomische Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten berücksichtigen. Zwecks Zielerreichung werden Instrumente eingesetzt auf Basis solidarischen und gemeinsamen Handelns.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir können jetzt noch eingreifen, wenn wir entschlossen sind. Uns allen sind heute der Wert der Gesundheit und der Zugang zur Natur vor der Tür bewusster als je zuvor. Lasst uns nicht zuschauen, sondern die Zukunft gestalten, für uns und unsere Kinder.

Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: sie muss dafür sorgen, dass die Transformation sozial gerecht ausgestaltet ist, um die Klimaziele zu erreichen und unsere Demokratie zu erhalten. Klar ist: auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess ist u.a. europäische Verantwortung zu übernehmen, und das deutsche Klimaziel anzuheben. Die Ziele der EU-Verordnung 2018/842 zur Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 schlüsselt die nationalen Ziele auf und muss entsprechend der erhöhten europäischen Ambition im Sinne des EU-Klimagesetzes ebenfalls in seiner Ambition

gestärkt werden. Nur so ist zu gewährleisten, dass die europäischen Mitgliedstaaten, die viele klimarelevante Gesetzgebungskompetenzen auf nationaler Ebene innehaben, ihren Teil zur europäischen Zielerreichung beitragen. Dafür sind national verbindliche Ziele elementar, denn nur diese ermöglichen eine Rechenschaftspflicht der nationalen Regierungen in einem öffentlich transparenten, von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begleiteten Diskurs über die besten Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasen. Im deutschen Rechtsrahmen ist in diesem Sinne eine Anhebung des nationalen Ziels im Klimaschutzgesetz nach §3 (3) erforderlich, damit die Maßnahmenprogramme an diesem höheren Ziel ausgerichtet werden und der Überprüfungsmechanismus greifen kann.

Deutschland kommt als größtem Emittenten der EU eine besondere Verantwortung zu: Als der am stärksten industrialisierte Staat in der EU entfallen 20% der Gesamtemissionen auf Deutschland, auch die Pro-Kopf-Emissionen gehören EU-weit zu den höchsten. Da Deutschland zudem zu den Ländern mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen im Ausgangsjahr der Berechnungen gehört, ist es notwendig, dass die Bundesrepublik ein deutlich überdurchschnittliches Minderungsziel erfüllen muss.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

6) Thema: Kreislaufwirtschaft

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass vollständige Kreislaufwirtschaft auf EU-Ebene und damit auch in Deutschland in diesem Jahrzehnt zur Realität gemacht wird, etwa durch die Formulierung klarer und quantifizierter Zielvorgaben für Material- und Ressourceneffizienz, den Einsatz von Sekundärrohstoffen und zur Verringerung des Abfallaufkommens. Das bedeutet, dass bis 2030 im Vergleich zu heute mehr als zwei Drittel der Menge des Abfalls in allen Sektoren vermieden wird, dass kein toxischer Müll mehr anfällt und der Restmüll recycelt oder wiederverwendet wird.

Bis zu 10% der fossilen Energien werden für die Plastikproduktion weltweit eingesetzt.

Deutschland und die EU werden sich dafür einsetzen, dass vor allem Plastikprodukte drastisch reduziert und durch andere wie z.B. Papierverpackungen ersetzt werden und wo unvermeidlich recycelt und durch nachhaltige und kompostierbare Biomasseprodukte ersetzt werden.

Die Nachfrage nach Elementen wie Kobalt und Lithium aber auch Seltene Erden wird rapide steigen. Sie sind zentrale Bestandteile von Batterien und anderen Komponenten einer auf Erneuerbaren Energien und Elektrifizierung basierenden Wirtschaft und fast allen elektronischen Produkten von Computern und Handys bis zum Flugzeugantrieb. Während diese Minerale eher selten in der Erdkruste vorkommen und ihr Abbau oft mit stark negativen Umweltfolgen in Entwicklungsländern, wenn nicht sogar Menschenrechtsverletzungen verbunden ist, bleibt die Recyclingrate dieser Minerale gegenwärtig sehr gering. Neue Technologien zeigen hingegen, dass bis zu über 90% recycelbar ist. Bis 2030 müssen diese Standards in Deutschland und Europa vollständig umgesetzt werden.

Deutschland muss ebenso gezielt die Förderung von Forschung und Entwicklung zu neuen, rohstoffschonenden, umweltfreundlichen und CO₂-armen Produkten und Produktionsweisen voranbringen.

Hinzu kommen verbindliche Vorgaben für Ökodesign und Rezyklateinsatz sowie zur Verlängerung der Haltbarkeit und Verbesserung der Wiederverwendbarkeit, die Einführung eines Rechts auf Reparatur und die Verhinderung eines vorzeitigen Funktionsversagens. So soll in diesem Zusammenhang die gesetzliche Gewährleistungspflicht auf mindestens 5 Jahre innerhalb der nächsten 5 Jahre angehoben werden. So sollen Produkte durch die Ökodesign-Vorschriften so entwickelt und ausgestaltet werden, dass sie nach ihrem Lebensende wiederverwendet werden können. Ressourceneffizienz muss gefördert und zu einer zentralen Säule moderner Industrie- und nachhaltiger Umweltpolitik gemacht werden.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise

in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess ist u.a. die Verstärkung und Verschärfung des europäischen und deutschen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und die systematische Einführung von hoher Ressourceneffizienz in und bei allen ökonomischen Sektoren und Produkten.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

Adressat: **Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021**

7) Thema: Forschung für eine klimafreundliche Zukunft

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass die SPD in der nächsten Legislaturperiode der Wissenschaftsstandort Deutschland und der Europäische Forschungsraum so stärkt, dass Europa der Innovationsmotor für Klimaschutz bleibt.

Dabei gilt es u.a.

- die jährlichen, öffentlichen Investitionen des Bundes in die Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung in allen Bereichen der nachhaltigen Energieerzeugung, der -speicherung und der -effizienz in der nächsten Legislaturperiode zu verdoppeln,
- die steuerlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass der private Sektor seine FuE Aktivitäten in diesen Bereichen intensiviert,
- einen effizienten Technologietransfer zu organisieren, so dass gefundene Lösungen rasch erprobt und zur Marktreife gebracht werden können,
- die Ausrichtung der Förderprogramme hierbei an lokalen, regionalen und nationalen Bedürfnissen zu orientieren und auch in den europäischen und internationalen Kontext einzubinden.
- die technologisch orientierte Forschung durch Forschung im Bereich der Ökologie, der Sozial- und der Wirtschaftswissenschaften zu begleiten, um eine umfassende Akzeptanz der neuen Technologien zu gewährleisten, eine breite Anwendung zu ermöglichen und Zielkonflikte möglichst aufzulösen.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir können jetzt noch eingreifen, wenn wir entschlossen sind. Uns allen sind heute der Wert der Gesundheit und der Zugang zur Natur vor der Tür bewusster als je zuvor. Lasst uns nicht zuschauen, sondern die Zukunft gestalten, für uns und unsere Kinder.

Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: sie muss dafür sorgen, dass die Transformation sozial gerecht ausgestaltet ist, um die Klimaziele zu erreichen und unsere Demokratie zu erhalten. Klar ist: auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine

Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess ist u.a., dass die Forschung in die oben genannten Themen weiter intensiviert wird. Der Bund hat 2020 ungefähr 1,6 Mrd Euro von ca. 20 Mrd Forschungsmitteln in Energieforschung und Energietechnologien investiert, was einen leichten Rückgang gegenüber 2019 bedeutet. Von den 1,6 Mrd Euro entfielen ungefähr 60% auf den Bereich rationelle Energieumwandlung und 20% auf erneuerbare Energien¹.

Dass weiterhin ein massiver Forschungsbedarf besteht, um das Ziel von 0% CO₂-Emissionen bis 2050 oder früher zu erreichen, sollte unbestritten sein. Beispiele, wo Beiträge von Forschung und Entwicklung gesehen werden, sind z.B. in effizienteren und verlustfreieren Möglichkeiten des Strom- und Energietransports, in Batterien für mobile und stationäre Anwendungen mit verbesserter Kapazität und schnelleren Ladezeiten unter Verwendung nicht umweltschädlicher Materialien bei verbesserter Recyclingfähigkeit, in der weiteren Effizienzsteigerung von Solar-, Wind- und anderen Erneuerbare-Energietechnologien, in der Erforschung von effizienten und umweltfreundlichen, großskaligen Energiespeichern verschiedenster Art, in der bedarfs- und angebotsorientierten Flexibilisierung der Stromnetze, in der effizienten, auf erneuerbaren Energien basierten Herstellung, dem Transport und der Weiterverwendung von Wasserstoff, in einer effizienteren Mobilität, etc.

Nur wenn Deutschland und Europa bei Energieerzeugung, -speicherung und -effizienz Technologieführer bleibt oder wird, kann es langfristig in diesen Sektoren auf dem Weltmarkt bestehen und damit Arbeitsplätze in diesen Bereichen erhalten bzw. schaffen.

Damit die Forschungsergebnisse den Sprung auf den Markt schaffen, muss ein Umfeld geschaffen werden, indem der Technologietransfer "vom Labor in die Anwendung" gelingt. D.h. dass im Wettbewerb der besten Ideen keine Finanzierungslücken auf dem Weg von der Grundlagenforschung zum Prototyp und Demonstrator und von dort zum marktreifen Produkt entstehen. Der Bund kann hierfür Anschlussfinanzierungen ausschreiben, als Risikokapitalgeber auftreten und ein Umfeld schaffen, in dem sich die verschiedenen Akteure aus Forschung und Wirtschaft zu vernetzen.

Dass die erneuerbare Energieerzeugung, deren Transport und deren Speicherung als auch die Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz zum Teil von lokalen als regionalen Gegebenheiten abhängen (Art der verfügbaren Energieformen, Art der Erzeuger und Verbraucher, landschaftliche, geologische Voraussetzungen etc.) sollte durch den Katalog an verfügbaren Fördermaßnahmen entsprechend abgebildet werden. Dabei ist jedoch die Einbindung in den Europäischen Forschungsrahmen als auch im internationalen Kontext nicht nur nicht zu vernachlässigen, sondern auch zu fördern, um Synergien mit europäischen

¹ https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/bildung_und_forschung_in_zahlen_2020.pdf

Forschungspartnern zu heben und um Ergebnisse zu produzieren, die auf dem europäischen und dem globalen Markt Bestand haben können.

Die Diskussionen um Windkraftanlagen zeigen, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn sie von der Bevölkerung mitgetragen wird. Deshalb ist und bleibt es, wichtig obige Forschungsrichtungen durch Forschung im Bereich der Ökologie, der Sozial-, der Politik- und der Wirtschaftswissenschaften zu begleiten, um zu verstehen, wo sich ökologischen oder gesellschaftliche Hindernisse aufbauen und wie diese gelöst werden können, wie Win-Win-Situationen erzeugt werden können und wo es wirtschaftliche Hemmnisse gibt und wie diese beseitigt werden können.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

Adressat: **Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021**

8) Thema: Vermögensteuer

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass eine dynamisch progressive Vermögensteuer von im Schnitt 2% für die reichsten 10% langfristig sicherstellen sollte, dass Reiche ihren entscheidenden Beitrag zu notwendiger sozialer Gerechtigkeit, Gesundheitsschutz und Klimaschutz sowohl national als auch international leisten.

Wir begrüßen den Vorschlag einer Vermögensteuer im neuen Entwurf der SPD zu einem Zukunftsprogramm. Aber er geht nicht weit genug um die notwendigen Investitionen und Unterstützungen in einer solidarischen klimaschonenden Welt, nicht nur für Deutschland und Europa, sondern auch für Entwicklungsländer zu leisten.

Deutschland ist ein reiches und ein armes Land. Im Durchschnitt besitzen die reichsten 10% des Landes mehr als 60% des deutschen Vermögens, pro Kopf mehr als 600.000 €. Die untersten 50% der Bevölkerung besitzen hingegen nur 1,6% des deutschen Vermögens. Die ärmsten 30% haben sogar im Schnitt ein Bank Defizit von etwa 4.000 €. Die deutschen Milliardäre hingegen konnten ihren Wohlstand zwischen 2009 und 2019 um mehr als das Doppelte steigern - auf fast 450 Milliarden €. Und in der Corona-Pandemie bis 2020 in einem Jahr allein auf exorbitante mehr als 600 Milliarden €.

Die Abschaffung der Vermögensteuer in Deutschland vor 27 Jahren führte unter anderem dazu, dass sich die Zahl der Millionäre in Deutschland auf etwa 2 Millionen seit 2010 vervierfacht hat und auf mehr als 3 Millionen bis 2024 steigen könnte.

Gleichzeitig hat sich in Deutschland in den letzten Jahren leider auch unter einer Koalition mit der SPD, die Vermögens- und Einkommensgerechtigkeit deutlich verschlechtert, wie vom GINI-Koeffizienten international jedes Jahr berechnet wird. Und der liegt z.B. nun deutlich unter der von unseren skandinavischen und Benelux Nachbarn, aber auch unter der von Frankreich und Großbritannien.

Eine dynamisch progressive jährliche Vermögensteuer von 2% auf die reichsten 10%, und zwar nur auf das private Vermögen und nicht auf produktives Betriebs- und Landkapital, das Arbeitsplätze garantiert, kann hier Einhalt gebieten. Und könnte mehr als 100 Milliarden € jährlich zusätzlich im Staatshaushalt generieren, etwa 12% des gegenwärtigen Steuervolumens in Deutschland, um wichtige soziale, klima- und entwicklungspolitische Projekte anzutreiben.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise

in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Antragsteller: **SPD-Ortsverein Brüssel**

Adressat: Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021

9) Thema: Einführung einer gerechten und solidarischen Klimaabgabe

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass eine SPD geführte Bundesregierung eine Klimaabgabe einführen soll, die zur Finanzierung der Transformation Deutschlands in eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft beitragen soll. Ihre Bemessungsgrundlage muss sich am Anteil der Individualvermögen der einzelnen am Gesamtvermögen Deutschlands orientieren, um eine gerechte Verteilung der Lasten zu gewährleisten und die unterschiedliche wirtschaftliche Situation der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir können jetzt noch eingreifen, wenn wir entschlossen sind. Uns allen sind heute der Wert der Gesundheit und der Zugang zur Natur vor der Tür bewusster als je zuvor. Lasst uns nicht zuschauen, sondern die Zukunft gestalten, für uns und unsere Kinder. Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu: sie muss dafür sorgen, dass die Transformation sozial gerecht ausgestaltet ist, um die Klimaziele zu erreichen und unsere Demokratie zu erhalten. Klar ist: auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.

Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess ist u.a. die Einführung einer Klimaabgabe zur Vermeidung sozialer Härten beim Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft. Grundsätzlich werden nicht nur diejenigen mit geringeren wirtschaftlichen Möglichkeiten mehr Unterstützung bedürfen, sondern auch diejenigen, die besonders von den Auswirkungen eines sich verändernden Klimas, wie z.B. Landwirte, betroffen sind. Aber auch die notwendige klimagerechte Sanierung von Bestandsgebäuden oder die Umstellung auf erneuerbare Energien im Strom- und Wärmesektor wird zur Notwendigkeit einer solidarischen und gerechten Klimaabgabe beitragen.

Die Überwindung der Klimakrise ist eine gesellschaftliche Aufgabe, zu der jede/r beitragen muss, da auch jede/r für ihre Entstehung verantwortlich ist. Die Klimaabgabe ist ein Akt gesellschaftlicher Solidarität, die alle miteinbezieht, aber die wirtschaftlichen Unterschiede in der Gesellschaft berücksichtigt. Denn: die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Menschen sind unterschiedlich, die zunehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland hat diese Unterschiede noch erhöht. Deswegen muss sich die Höhe der Klimaabgabe an ihrem Finanzierungsbedarf, ihre Bemessungsgrundlage für die einzelnen aber an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der einzelnen Bürgerinnen und Bürger orientieren.

Neben den im Bundeshaushalt vorgesehenen Ausgaben für die Erreichung der Klimaziele soll die Klimaabgaben helfen, soziale Härten zu vermeiden und allen Menschen in Deutschland, unabhängig von

ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten, den Übergang in eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.

Die deutsche Bevölkerung über 18 beträgt knapp 70 Millionen. Die ärmeren 50% der Deutschen, also ungefähr 35 Millionen, besitzen zusammengenommen einen Anteil am Gesamtvermögen Deutschlands von 1,4%, durchschnittlich ca. 3135 Euro pro Kopf, wobei die ärmsten 20% der Bevölkerung entweder ein negatives Vermögen oder gar kein Vermögen besitzen. Demgegenüber besitzen die reichsten 5% der Deutschen nahezu 55% des Gesamtvermögens in Deutschland, auf das reichste Prozent entfallen 35,3%. Das reichste Zehntel-Prozent (0,1% oder ca. 70.000 Personen) der Bevölkerung Deutschlands alleine kommt auf 20,4% des Gesamtvermögens, ca. ein Viertel davon gehört den 102 Milliardären gemäß der Forbes-Liste in Deutschland. Angesichts des Finanzierungsbedarfs der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft und der dabei gebotenen gesellschaftlichen Solidarität soll die Klimaabgabe sich am Vermögen der Einzelnen orientieren, d.h. jede/r trägt mit dem gleichen Prozentsatz seines Vermögens zur Finanzierung der Klimaabgabe bei. Eine Ausnahme bilden die auf der Forbes-Liste aufgeführten Milliardäre (102 Milliardäre in Deutschland in 2020), die alleine 5,51% des Gesamtvermögens in Deutschland besitzen: sie sollen aus Gründen der Solidarität die entsprechenden Beiträge der ärmsten 20% der Bevölkerung mitübernehmen. Dadurch ist der relative Anteil des Beitrags der auf der Forbes-Liste aufgeführten höher als der Anteil der übrigen Bevölkerung.

In diesem Sinne gibt die u.a. Tabelle grobe, indikative Werte an, wie sie bei der Erhebung einer Klimaabgabe von 100 Mrd Euro in etwa zu erwarten sind. Die Tabelle dient nur der Darstellung des Prinzips und erhebt keinen Anspruch auf wissenschaftliche Korrektheit.

Aufkommen einer Klimaabgabe von 100 Mrd Euro per Zehntel der Bevölkerung nach Vermögensverteilung

	Durchschnittliches Gesamtvermögen pro Kopf in Euro	Beitrag zur Klimaabgabe in Euro	Geschätzter Anteil an der Klimaabgabe in Euro	Geschätzter Anteil an der Klimaabgabe in %	Anteil des Beitrags am Individualvermögen
1 1. u. 2. Zehntel	0	0	0	0%	0%
2 3. Zehntel	2.239	29	200.000.000	0,20%	1,29%
3 4. Zehntel	7.837	101	700.000.000	0,70%	1,29%
4 5. Zehntel	19.034	245	1.700.000.000	1,70%	1,29%
5 6. Zehntel	42.546	547	3.800.000.000	3,80%	1,29%
6 7. Zehntel	80.614	1.036	7.200.000.000	7,20%	1,29%
7 8. Zehntel	134.357	1.727	12.000.000.000	12,00%	1,29%
8 9. Zehntel	218.330	2.806	19.500.000.000	19,50%	1,29%
9 10. Zehntel	628.117	8.073	56.100.000.000	56,10%	1,29%
10 99,9 Percentil	22.840.626	293.581	20.400.000.000	20,40%	1,29%
11 99,9 Percentil minus Forbes	16.698.491	214.634	14.892.287.918	14,89%	1,29%
12 Forbes	4.200.980.392	53.997.177	5.507.712.082	5,51%	1,29%
13 Forbes plus 1. Zehntel	5.116.274.510	65.761.883	6.707.712.082	6,71%	1,57%

Die Zeilen 10-13 sind in Zeile 9 enthalten. Zeile 13 enthält die negativen Vermögen (Schulden) des 1. Zehntels.

Quellen:

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nichtdeutsch-laender.html>

<https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung>

DIW-Wochenbericht 29/2020

Antragsteller: **SPD Ortsverein Brüssel**

Adressat: [Bundesparteitag der SPD zur Verabschiedung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2021]

10) Thema: Internationale Solidarität und “Fair Shares”

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, dass Deutschland seiner internationalen Verantwortung der Unterstützung armer Länder zum Klimaschutz wesentlich stärker nachkommt als bisher (nicht als rückzahlbares Darlehen) und 0,5% seines BSP dafür in der nächsten Legislaturperiode einsetzt. Und zusätzlich zum bestehenden Etat der “konventionellen” Entwicklungshilfe.

Deutschland ist gegenwärtig verantwortlich für etwa 1,8% der weltweiten CO₂ Emissionen. Da CO₂ in der Atmosphäre aber eine lange Verweildauer hat, ist Deutschlands moralische Verantwortung als langjähriges Industrieland indes weitaus höher mit etwa 6% aller CO₂ Emissionen seit Beginn der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Weltweit stottern Finanzierung und Investitionen zum Klimaschutz stark und liegen nur bei einem Fünftel dessen was notwendig ist, um den Planeten auf einen Kurs zu bringen, der die globale Temperatur nicht über 1,5°C steigen lässt - ein Überlebensziel für viele arme Länder und Natur.

Die deutsche internationale staatliche Klimafinanzierung für arme Länder, Verringerung von Emissionen und Anpassung an den Klimawandel potenziell stark betroffener Bevölkerungsgruppen wie den pazifischen Insel- und afrikanischen Sahelstaaten, liegt bei etwa 4 Milliarden € pro Jahr, etwa 0,1% des BSP und ist über die Jahre leicht absteigend. Insofern muss Deutschland seine Anstrengung bis 2025 deutlich auf etwa 20 Milliarden € pro Jahr steigern. Deutschland wird sich dafür einsetzen, dass alle europäischen und andere reiche Staaten, nicht nur die OECD, ähnliche Solidaritätsfinanzierung in ihren staatlichen Budgets vorsehen.

Begründung:

Die Wissenschaft ist sich einig: wenn wir nicht jetzt entschieden und entschlossen die Transformation in einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wird die Klimakrise in eine Klimakatastrophe münden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Der SPD als Partei der sozialen Demokratie kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Auch wenn die Klimakrise nur global gelöst werden kann, muss Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union seine Verantwortung als Vorreiter in diesem Transformationsprozess wahrnehmen und entscheidend dazu beitragen, dass die Europäische Union bis 2050 klimaneutral wird und seiner Rolle und Verantwortung auch international in der Solidarität mit armen Ländern gerecht wird. Nur dann können wir darauf hoffen, dass wichtige Staaten wie China oder die USA mitziehen und die Menschheit eine existentielle Klimakatastrophe vermeiden kann.